

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Michael Hofmann

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Gerald Pittner

Abg. Klaus Adelt

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf.

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)**

**Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen! (Drs. 18/18566)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 32 Minuten. Der erste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag fordert die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer. Als wir diesen stellten, war die von links-grüner Ideologie befeuerte Inflation schon präsent, die wahre Hitze der aufziehenden Inflation aber noch gar nicht absehbar.

Sie hier auf der linken Seite des Hohen Hauses tun gemeinsam mit Buntberlin alles Erdenkliche dafür, dass diejenigen, die hier in Deutschland sprichwörtlich "den Motor am Laufen halten", den Sprit dafür überhaupt nicht mehr bezahlen können.

Sie aus der Mitte der demokratischen Parteien haben zuerst Ihre christlichen Werte über Bord geworfen, und nun helfen Sie dabei, den bunt-sozialen Spaltkeil noch tiefer in unsere Gesellschaft hineinzuschlagen. Wer, wenn nicht die Parteien, die die Regierung eines Flächenstaates tragen, sollen sich in Berlin für eine bürgerfreundliche Pendlerpauschale überhaupt einsetzen? Sie tun es jedenfalls nicht, zumindest noch nicht.

Sie haben unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt und sich damit auch gegen Ihre eigenen Wähler gestellt. Das sollen die Bürger wissen. Genau deswegen führen wir hier und heute diese Debatte.

Der Benzinpreis hat sich von 2004 bis heute um 51 % erhöht, der Preis des Diesels sogar um über 70 %. Die Pendlerpauschale hingegen verharrt bei 30 Cent pro Kilometer. Da helfen auch die Anpassungen im Rahmen des Klimapaketes nicht – nein, Sie verhöhnen die Bürger damit.

Die Rechnung ist einfach: Bei 30 Cent kommt Bürger Fritz Fleißig erst dann über den Werbungskostenpauschbetrag von 1.000 Euro jährlich, wenn seine Arbeitsstelle 60 Kilometer von seinem Zuhause entfernt liegt. Bei 40 Cent muss sie nur 12 Kilometer von daheim entfernt liegen. Bei 50 Cent Entfernungspauschale – gemäß einem gerechtfertigten Update unseres Antrags – hätten auch diejenigen Bürger Vorteile, die nur 9 Kilometer zur Arbeit fahren müssen. Im Lichte von Energiepreisverdopplung und Inflation erscheint selbst das als die Untergrenze des Ansetzbaren, wenn man bedenkt, mit welcher Begeisterung der Staat andernorts Milliarden verbrennt.

Nachgewiesene Aufwendungen für den ÖPNV hingegen senken die Besteuerungsgrundlage immer genau in der Höhe, in der sie den Pauschbetrag von 1.000 Euro auch übersteigen. Da ist es vollkommen egal, wie heiß die Inflation läuft. Genau da liegt die Ungerechtigkeit verborgen. Das grün-bourgeoise Milieu mit U- und S-Bahn vor der eigenen Haustür wird gehätschelt, während der Malocher aus Niederbayern und Oberfranken nicht mehr weiß, wie er den Tank voll bekommt.

Unter vollkommener Ausblendung der bekannten infrastrukturellen Tatsachen unseres Freistaates singen CSU und FREIE WÄHLER heute das grüne Ökolied, anstatt sich für die Entlastung der Tüchtigen hier im Land einzusetzen. Wir sind dem Volk in Stadt und Land verpflichtet. Es ist abzusehen, dass die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der kommenden Woche einen Antrag auf eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf vermutlich 38 Cent stellen wird. Aha! Das ist von der AfD abgekupfert. Genau das ist unsere aktive Politik, nämlich den etablierten Parteien voranzugehen und Entlastung im Sinne unserer Bürger, im Sinne der tüchtigen Steuerzahler hier im Land zu fordern. Stimmen Sie unserem Antrag heute noch zu!

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Der nächste Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Problematik der Pendlerpauschale ist schwierig. Wir wissen, dass durch das Steigen der Energiekosten in diesem Zusammenhang erhebliche Belastungen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstanden sind. Nichtsdestoweniger lassen wir uns von Leuten, die nach ihrer eigenen Auffassung vor allem dann profitieren, wenn es in diesem Land schwer wird und Schwierigkeiten entstehen, nicht erzählen, dass sie erfunden hätten, wie man für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen müsste. Dieser Freistaat Bayern kämpft seit Jahren und Jahrzehnten in Verantwortung für die Möglichkeiten bei der Pendlerpauschale. Die letzten Entwicklungen, insbesondere die Erhöhungen, die im Zusammenhang mit dem Klimapaket ab dem 21. Kilometer zustande gekommen sind – erst auf 35 und dann auf 38 Cent –, zeugen davon.

Wir als CSU haben auf Bundesebene auch immer dafür gekämpft, dass die Regelung noch großzügiger wird. Es ist allerdings so, dass wir immer in Koalitionsschwierigkeiten stecken – Herr Mehring, schauen Sie mich nicht so an, ich rede, was die Koalitionswänge damals angegangen hat, vom Bund. Die Koalitionswänge, die wir auf Bundesebene hatten, haben natürlich bestimmte Limitierungen herbeigeführt.

Daher glaube ich, dass wir uns in dem Bereich nichts vorwerfen lassen müssen. Der Ministerpräsident hatte im Oktober, als der Antrag von der AfD gestellt worden ist – wer kuppert hier eigentlich von wem ab? –, das Thema der Pendlerpauschale schon längst angesprochen und hatte auch schon entsprechende Vorschläge unterbreitet. Jetzt hat die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, an der unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer ebenfalls teilgenommen hat, den Beschluss gefasst, ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent zu gehen. Dieses Verhalten der AfD, hier eine

40-Cent-Pauschale zu fordern, würde im Grunde genommen den windigsten Betreiber eines Standes auf einem Basar wirklich zu Freudentränen rühren; denn es geht Ihnen überhaupt nicht um die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern allein darum, mit einem solchen Antrag wieder ein Feigenblatt vor sich her zu tragen

(Zuruf)

und den Leuten zu erklären, Sie würden sich um ihre Belange kümmern. Spätestens seit dem Austritt Ihres Parteivorsitzenden Meuthen

(Widerspruch bei der AfD)

müsste doch jeder bürgerlichen Kraft in Ihrer Partei vollkommen klar sein, dass Ihre Politik einzig und allein darauf gerichtet ist, hier eine Spaltung herbeizuführen. Den Leuten zu erzählen, Sie würden sich für ihre Interessen einsetzen! In Wahrheit geht es Ihnen um etwas völlig anderes. In Wahrheit geht es Ihnen um Ihre Politik des Aussonderns und Spaltens – hier sind die Guten, da die Schlechten. Das ist die Politik, die Sie betreiben. Sie nutzen die Regeln des Parlaments dafür, die Demokratie vorführen zu wollen. Aber das lassen wir uns von Ihnen nicht bieten, und wir lassen es uns auch nicht gefallen. Die Menschen wissen ganz genau, wer sich glaubwürdig für ihre Rechte einsetzt, und das sind ganz bestimmt nicht Sie;

(Zuruf: Doch!)

denn Sie zünden das Land an. Ihr Parteivorsitzender Meuthen ist der beste Beweis dafür, dass bürgerliche Politik in Ihrer Partei keine Zukunft hat. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Kollege Hofmann. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion vor.

**Gerd Mannes (AfD):** Herr Hofmann, jetzt haben Sie sich mit Ihrem unsachlichen Vortrag doch reichlich blamiert. Das muss ich jetzt mal sagen.

(Beifall eines Abgeordneten der AfD)

Ich sage Ihnen das eine: Steigende Energiekosten hat die CSU selbst erfunden. Sie haben, noch in der Regierung, landauf, landab die CO<sub>2</sub>-Steuer gefordert. Sie wissen ganz genau, dass das auch die Benzinpreise nach oben getrieben hat. Erzählen Sie mir nichts über Arbeitnehmer!

Das andere ist: Wir haben schon 2019 und auch im Oktober 2020 die Erhöhung der Pendlerpauschale gefordert. Im November war das Thema im Ausschuss. Dann sind Sie gekommen und haben das ebenfalls gefordert. Warum haben Sie denn nicht gleich zugestimmt? – Das wollte ich jetzt hier noch mal fragen.

Das Nächste ist: Hin-und-her-Politik, Opportunismus und Populismus werfen Sie uns vor. Nein, Sie machen das, weil Sie jeden Tag Ihre Meinung ändern.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Hofmann bitte.

**Michael Hofmann (CSU):** Wir ändern nicht täglich unsere Meinung.

(Zurufe: Doch!)

Das ist absoluter Quatsch. Aber ich weiß natürlich, dass es in Ihr politisches Konzept passt, so etwas zu verbreiten und ständig zu wiederholen. Sie fragen sich, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir sind selbstverständlich dafür, dass man die Pendlerpauschale erhöht. Das ist doch überhaupt keine Frage. Aber wir lassen uns von Ihnen nicht vorführen. Sie hätten es am liebsten noch, dass wir Ihnen Beifall klat-

schen, weil Sie mit Messer und Gabel essen können. Aber auch das machen wir nicht. Nur weil von Ihnen ein Gedanke kommt,

(Zuruf)

den wir teilen und den wir schon geteilt haben, als es die AfD noch gar nicht gegeben hat, springen wir doch nicht über Ihr Stöckchen. Da müssen Sie früher aufstehen, Herr Kollege, sehr viel früher!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag auf Drucksache 18/18264, TOP 10, beantragt hat, und rufe den Kollegen Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

(Unruhe bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Herr Abgeordneter Bergmüller, ich darf Sie daran erinnern, dass wir nicht in der Westkurve eines Fußballstadions sind, sondern im Hohen Haus. Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Dr. Büchler, Sie haben das Wort.

**Dr. Markus Büchler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist nicht nur inhaltlich völlig falsch. Beispielsweise hat die CO<sub>2</sub>-Steuer nicht zu einem Preisanstieg – sprunghaft um 30 Cent – geführt. Das ist einfach völlig falsch und stimmt nicht. Vielmehr hat der Antrag auch noch einen falschen Adressaten. Sie wenden sich an die Staatsregierung und wollen etwas von der Bundesregierung. Ich kann Sie darüber informieren, dass es inzwischen eine Wahl gab. Da hat sich etwas geändert. Wenn Sie etwas von der Bundesregierung wollen, müssen Sie sich inzwischen an andere wenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion.

(Der Abgeordnete Martin Böhm (AfD) ist nicht zu verstehen)

Ein bisschen näher ans Mikrofon bitte, Herr Abgeordneter.

(Der Abgeordnete Martin Böhm (AfD) ist weiterhin nicht zu verstehen)

Die Stenografen können Sie nicht hören. Deshalb sprechen Sie bitte ins Mikrofon. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Dr. Büchler, Sie meinen, wir hätten den falschen Adressaten bedient. Dagegen verwahre ich mich ganz entschieden. Wer, wenn nicht wir hier als Abgeordnete in einem Flächenstaat, hat denn überhaupt die Möglichkeit und das Recht, sich für die Pendler einzusetzen?

Ich kann jetzt nicht einschätzen, woher Sie kommen. Aber bei uns in Oberfranken fahren Leute jeden Tag 20, 30, 40 Kilometer mit dem Auto zur Arbeit, um tüchtig Steuern zu bezahlen. Das sind Pflegekräfte, das sind Hausmeister, die am Monatsende vielleicht nicht wissen, wovon sie am 29., 30. und 31. ihr Essen kaufen sollen. Diesen Menschen wollen Sie die Steuerersparnis verweigern. Schämen Sie sich für so eine ideologiegetriebene Politik! Ihre Partei ist schuld daran, dass die ganze Malaise der Energiepreisinflation überhaupt erst über unsere Heimat hereingebrochen ist.

**Dr. Markus Büchler (GRÜNE):** Eine Antwort wäre so redundant wie die Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Dr. Büchler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Die Energie wird immer teurer, und damit steigen auch die Kosten der Mobilität. Ja, es ist auch richtig, dass das uns Bayern insbesondere im ländlichen Raum am allermeisten trifft. Und ja, es ist durchaus richtig – das will ich gar nicht verhehlen –, dass die Erhöhung der Pendlerpauschale ein Antrag in die richtige Richtung ist, aber nicht mit dieser Begründung. Der Antrag ist zu kurz gesprungen.

Die erhöhten Benzinpreise treffen nämlich nicht nur die Pendler – es ist ja praktisch eine Entfernungspauschale für Erwerbstätige –, sondern auch die Mutter, die ihre Kinder in den Kindergarten fährt, und die Senioren, die ihr Arbeitsleben bereits hinter sich haben. Sie können ihre Ausgaben nicht von der Steuer absetzen, haben aber ebenfalls die höheren Energiepreise. Hier wäre ein anderer Antrag Richtung Mineralölsteuersenkung oder Ähnliches weitaus sinnvoller. Das kann allenfalls ein weiterer Punkt sein. Weil es eben kein durchdachtes Konzept ist, müssen wir den Antrag ablehnen.

Außerdem gefällt uns ganz klar auch die Begründung nicht. Man kann sich über Klimaschutz etc. und die Kostensteigerung streiten; okay. Aber links-grüne Ideologie befeuert die Inflation: Das soll der Grund sein? – Diesen Stachel wollen wir weiter in die Gesellschaft treiben? Hallo? – Also mit so einer Diskussion und Argumentation werden wir diesem Antrag niemals zustimmen, auch wenn das Ziel, nämlich die Erhöhung der Pendlerpauschale, bei uns wie sicherlich auch bei den Kollegen der CSU auf dem Plan steht und wir alles Mögliche dafür tun werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pittner. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Klaus Adelt.

**Klaus Adelt (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestiegenen Energiekosten betreffen alle. Der Kollege Pittner hat es bereits erläutert. Sie betreffen die Senioren genauso wie die Mutter, die die Kinder in den Kindergarten fährt. Die Pendlerpauschale ist dafür gedacht, dass die Kosten für die Fahrt von der

Wohnung zur Arbeitsstätte in Anrechnung gebracht werden, sei es mit Auto, mit Fahrrad, mit ÖPNV oder auch zu Fuß. Die letzteren drei Möglichkeiten haben sicherlich mit steigenden Energiekosten nichts zu tun. Außerdem ist das eine Sache des Bundes und nicht von uns hier.

Ich könnte jetzt sagen: Ich will Sie, Kollegen von der AfD, in Grund und Boden reden. – Denn das wünscht ihr euch ja. Ihr bettelt ja geradezu darum, dass am Schluss jeder Sitzung bei den letzten fünf Anträgen immer auf die AfD eingehauen wird. Das mache ich diesmal nicht. Ich mache es nicht. Aber ihr könnt euren Twitter-Königen auf der dritten Etage sagen: Der Antrag ist weder dringlich, noch ist er hier an die richtige Stelle gerichtet. Vielmehr ist der Antrag aus der Sicht der SPD und gerade aus der Sicht von Klaus Adelt ein Schmarrn. – Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Adelt, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Herr Abgeordneter Mannes hat eine Zwischenbemerkung. Herr Mannes, bitte.

**Gerd Mannes (AfD):** Wenn Sie erlauben, stelle ich Ihnen, Herr Adelt, noch eine Frage zu diesem "Schmarrn". Sie waren einmal die Partei der kleinen Leute. Das sind Sie jetzt nicht mehr.

(Zuruf)

Sie haben die CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt. Dadurch sind die Spritpreise deutlich teurer geworden. Bis 2025 wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe um weitere 260 % erhöht. Sie haben es vorhin gesagt. Ja, es stimmt, die ganze Gesellschaft leidet unter den hohen Energiepreisen. Aber es ist doch nicht falsch, es den Leuten, die jeden Tag zur Arbeit fahren, zu ermöglichen, dass am Ende des Monats noch Geld übrig bleibt! Warum soll das falsch sein? Das habe ich nicht verstanden. Können Sie noch einmal erläutern, warum dies falsch sein soll?

**Klaus Adelt (SPD):** Die Antwort lautet: Wir sind nicht der richtige Ansprechpartner. Das ist der Bund. Ich vertraue auf unsere Regierung, dass sie für alle die richtige Lösung findet. Im Übrigen habe ich keine Lust auf dieses Frage-und-Antwort-Spiel am Ende jeder Sitzung.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe weder Lust, mit dem AfD-Bashing weiterzumachen – darin hat Herr Hofmann schon gute Übung –, noch Inhalte zu wiederholen, die wir bereits im Ausschuss diskutiert bzw. hier noch einmal zu hören bekommen haben. Wir sind uns alle einig, dass die gestiegenen Energiekosten für die Pendler ein Problem sind, insbesondere im ländlichen Raum – nein, ich sage bewusst: in den ländlichen Räumen; denn diese kann man nicht unbedingt miteinander vergleichen.

(Beifall bei der FDP)

Dass man gemeinsam etwas dagegen unternimmt, zum Beispiel durch die Erhöhung der Pendlerpauschale, ist eine Möglichkeit. Der Bundesfinanzminister Lindner hat dies letzte Woche auch schon erwähnt. Ich habe keine Lust, darüber zu streiten, wer es wann zuerst gesagt hat. Das ist völlig irrelevant.

Man muss aber bedenken: Wenn man darüber spricht, muss man noch ein bisschen weiter denken. Wir müssen überlegen, wie wir die gesamte Struktur neu aufbauen wollen, anstatt nur zu sagen, wir erhöhen die Pauschale von 38 auf 40 Cent pro Kilometer. Ab welchem Kilometer sie gilt, ist völlig obsolet; abgesehen davon, dass die Diskussion in Berlin ohnehin schon im Gange ist. Wenn Sie etwas beitragen wollen, liebe Kollegen von der AfD, dann unterbreiten Sie einen richtig konkreten Vorschlag, wie Sie die gesamte Struktur neu aufbauen wollen, anstatt zu spekulieren, wer von wem abgeschrieben hat; denn dies bringt uns keinen Millimeter weiter.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind das restliche Hohe Haus sowie der fraktionslose Abgeordnete Sauter. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.